

05.07.2016

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktion der Piraten

„Die Blockadehaltung des Bundesfinanzministers muss ein Ende haben! – NRW muss jetzt zum Vorreiter im Kampf gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien insbesondere von multinationalen Konzernen werden!“ Drs. 16/12338

Erfolgreiches Einsetzen der Landesregierung gegen Steuervermeidung weiter unterstützen

I. Sachverhalt

Das Projekt "Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)" der OECD ist seit 2015 weitgehend abgeschlossen. Es wurde ein umfassendes Maßnahmenpaket vereinbart, welches von neuen Mindeststandards bis zur Überprüfung bestehender Standards reicht. Im Mittelpunkt steht dabei das Ziel, Gewinne dort zu besteuern, wo sie anfallen und aggressive Steuervermeidungspolitik von Konzernen zu verhindern.

Eine konkrete Maßnahme ist die länderbezogene Berichterstattung (Country-by-Country Reporting) von multinationalen Konzernen. Es handelt sich hierbei um länderspezifische Bilanzen für multinationale Konzerne, aus denen ersichtlich wird, wie viel Geld in welchem Land verdient wurde – und wo es demnach versteuert werden muss. Das soll Tricks wie bei Google oder Amazon verhindern, die ihre Gewinne über Tochterunternehmen in Europa verteilen, um so ihre Steuerlast zu minimieren.

Nur durch eine solche uneingeschränkte Transparenz kann vermieden werden, dass Konzerne ihre Steuerzahlung durch Gestaltungen zu Lasten des Allgemeinwohls reduzieren. Der Bundesfinanzminister ist hingegen bestrebt, den Transparenzgewinn und die Wirksamkeit des Country-by-Country-Reportings zu begrenzen. Nachdem ihm das bei der europaweiten

Datum des Originals: 05.07.2016/Ausgegeben: 06.07.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Einführung des verwaltungsinternen Austauschs nicht gelungen ist, geht die Blockadehaltung weiter.

Inzwischen gibt es einen weiteren Vorschlag der EU-Kommission, einen sogenannten Ertragssteuerbericht für Konzerne, der allgemein veröffentlicht werden soll, als weiteres Element verpflichtend einzuführen. Das wird vom Bundesfinanzministerium abgelehnt.

Für die Effektivität und Funktionsfähigkeit des Country-by-Country-Reporting ist aber die öffentliche Zugänglichkeit, ähnlich wie beim geplanten Transparenzregister für Briefkastenfirmen, von elementarer Wichtigkeit. So war es wegen bereits heute geltender Veröffentlichungspflichten für den Bankensektor möglich zu erkennen, dass britische Investmentbanken trotz massiver Gewinne kaum Steuern im Vereinigten Königreich zahlen. Nur wenn die Öffentlichkeit, etwa Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen, den vollen Zugriff auf Country-by-Country-Reports haben, ist ausreichende Transparenz hergestellt, um sicherzustellen, dass aggressive Steuervermeidungsstrategien von Konzernen aufgedeckt werden können.

II. Der Landtag stellt fest:

Dem Fiskus in den EU-Staaten entgehen alleine wegen struktureller Steuervermeidung von Konzernen 50 bis 70 Milliarden Euro jährlich.

Die Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung gehört zum Markenkern der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Der Ankauf von Steuer-CDs und die Verhinderung des Steuerabkommens mit der Schweiz sind Beispiele für eine erfolgreiche Arbeit.

Dies hat auch zu einem Umdenken in der Bevölkerung zu diesem Thema geführt. Steuerhinterziehung ist heute kein Kavaliersdelikt mehr, dies sieht inzwischen auch die Rechtsprechung so.

Die legale Nutzung von Steuerschlupflöchern, insbesondere international agierender Unternehmen, ist ein weiteres Problem, welches es zu bekämpfen gilt.

Die Umsetzung des Country-by-Country-Reporting in der Europäischen Union ist inzwischen durch eine Richtlinie geschehen. Damit wird der verpflichtende automatische Austausch länderbezogener Berichte zwischen den Mitgliedstaaten ab 2016 zur Pflicht.

Zur erfolgreichen Bekämpfung von Steuergestaltungen gehört die Schaffung größtmöglicher Transparenz. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble ist bei den Verhandlungen der EU-Finanzminister darum bemüht, weitergehende Veröffentlichungspflichten in seiner Wirksamkeit auszuhöhlen. Dies konterkariert den Kampf gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien.

Die Bekämpfung hybrider Gestaltungen und des unfairen Steuerwettbewerbs durch Lizenzboxen wird von der Landesregierung seit Jahren gefordert und unterstützt.

III. Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Bemühungen im Bereich der Lizenz Einkünfte und der hybriden Gestaltung zu intensivieren und auf eine zeitnahe Lösung zu dringen. Hierfür sind auch Initiativen auf Bundesebene zu ergreifen.

2. Der Landtag Nordrhein-Westfalens appelliert an den Bundesfinanzminister seine Blockadehaltung im Kampf gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien insbesondere von multinationalen Konzernen aufzugeben.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bundesgesetzgeber sowie gegenüber der Europäischen Kommission konsequent für die Schließung von Steuerschlupflöchern und für die rückhaltlose Bekämpfung aggressiver Steuervermeidungsstrategien einzusetzen.

Norbert Römer
Marc Herter
Stefan Zimkeit

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Martin-Sebastian Abel

und Fraktion